

Zwischen Inkohärenz und Wertekonflikt EU – Politikfelder im Europäischen Jahr der Entwicklung im Spannungsfeld

Selten standen EU-Politikfelder dermaßen unter dem Inkohärenz-Vorwurf wie in den Jahren 2014/2015. Und selten standen EU-Politikfelder wie Wirtschafts-, Sicherheits-, Flüchtlings-, Entwicklungspolitik dermaßen unvereinbar gegenüber wie zurzeit.

Im Vertrag von Lissabon zur EU, versteht diese sich gemäß des Artikels 2 explizit nicht als reine Wirtschafts- sondern als Wertegemeinschaft. Hier heißt es u.a.: „Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.“ Und im folgenden Artikel 3 heißt es im ersten Absatz: „Ziel der Union ist es, den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern“. Der Lissabonner Vertrag hat auch die bereits Ende 2000 feierlich unterzeichnete Grundrechtecharta der Europäischen Union zu einem Teil des Primärrechts gemacht. Dort sind die Grundrechte und -freiheiten genau beschrieben und definiert. In ihrer Präambel heißt es u.a.: „In dem Bewusstsein ihres geistig-religiösen und sittlichen Erbes gründet sich die Union auf die unteilbaren und universellen Werte der Würde des Menschen, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität. Sie beruht auf den Grundsätzen der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit. Sie stellt die Person in den Mittelpunkt ihres Handelns, indem sie die Unionsbürgerschaft und einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts begründet.“ Doch wo lassen sich diese Werte in der aktuellen EU-Flüchtlingspolitik, der EU-Afrikapolitik wiederfinden? Wie lassen sich EU-Wirtschaftspolitik und Sicherheitspolitik mit diesen Werten vereinbaren? Wie tief ist die Kluft zwischen Werteverständnis und der Anwendung und Verinnerlichung dieser Werte in der Umsetzung? Die Erforschung dieser Fragen lässt große Zweifel und tiefe Verunsicherungen das Licht der Welt erblicken. Hier stehen nichts geringeres als die Konsistenz, die Konsensfähigkeit und damit die Legitimation der EU insgesamt, nicht nur auf ihren ethisch-moralischen Prüfstand, sondern auch immer mehr vor der Frage, ob sie bezüglich der Herausforderungen einer globalisierten Welt als politisch souveräner Akteur handlungsfähig sein kann und ihren eigenen in der EU-Verfassung niedergelegten Werten gerecht werden kann.

- a) EU-Wirtschaftspolitik versus EU-Entwicklungspolitik

Nachdem der Widerstand der letzten Gegner der sogenannten EPAs¹ im Lager der AKP²-Staaten 2014 gebrochen wurden, wurden mit vielen regionalen Wirtschaftsgemeinschaften, wie z. B. ECOWAS, EAC, SADC, CEMAC³ die sogenannten EPAs unterzeichnet. Trotz großen Widerstands der AKP-Staaten hat die Europäische Kommission einen hohen politischen und ökonomischen Druck aufgebaut, um die EPAs zur Unterzeichnung zu bringen. Teilweise wurde einzelnen von externen Finanzmitteln stark abhängigen Staaten mit Kreditblockaden gedroht, sollten sie nicht für die EPAs stimmen. Durch die EPAs wird der Markt der AKP-Staaten für 90% der EU-Waren, Güter und Dienstleistungen geöffnet und dies setzt deren Volkswirtschaften auf lokalen und regionalen Märkten der unfairen europäischen Konkurrenz aus, unterminiert die Entwicklung eigener Produkte, Wirtschaftszweige und Industrien und erhöht die ohnehin schon immense Importrate. Den Regierungen der AKP-Staaten drohen durch die Abschaffung von Einfuhrzöllen bedeutende Ausfälle in den öffentlichen Einnahmen. Zudem wird auch die mit einer weiteren Liberalisierung verbundene Kapitalflucht zunehmen. Von den negativen Effekten der EPAs ist besonders hart die Agrarwirtschaft der AKP-Staaten getroffen. Diese kann auch nach einer Senkung der EU-Agrarsubventionen nicht mit der EU mithalten. Sie bildet jedoch das Rückgrat für die Entwicklung der AKP-Staaten. Hier würden die meisten Jobs entstehen, hier sind multiple positiv-stimulierende volkswirtschaftliche Effekte zu erwarten, wie z.B. der Aufbau einer verarbeitenden Kleinindustrie landwirtschaftlicher Produkte, der Aufbau einer signifikanten Binnennachfrage, die Umkehrung der Landflucht, usw. Im Gesamtergebnis vergrößern die EPAs die Abhängigkeit der AKP-Staaten vom der EU massiv, denn sie gefährden den schwierigen Prozess der regionalen Integration der AKP-Staaten in regionale Wirtschaftsgemeinschaften, welcher ein zentrales Element ihrer Entwicklungsstrategien darstellt. Zu den zu erwartenden Folgen zählen steigende Arbeitslosigkeit, stärkere soziale Ungerechtigkeit, Gefährdung der Ernährungssicherheit, Verlust der Lebensgrundlagen und somit eine Zunahme von sozialen Konflikten und von Flüchtlingen. Während die Europäische Kommission darauf besteht, dass WPA „Entwicklungsinstrumente“ seien, belegen alle bisherigen Untersuchungen, dass die Hauptlast der Anpassungskosten ausschließlich von den AKP-Staaten, einschließlich der 40 zur Gruppe der ärmsten Länder gehörenden Staaten, getragen werden muss. Wie passt dies zur Entwicklungspolitik der EU, als eine der weltweit größten Geldgeber? Wie sehr aufeinander abgestimmt sind beide Politikfelder und damit auch wie glaubwürdig nach außen vertretbar?

In den letzten zwei Jahren erfuhren besonders die Programme von Europe-AID einen grundlegenden Wandel. Waren vorher besonders die in Europa ansässigen Organisationen leitende Träger der geförderten Projekte, verschob sich der Fokus mehr und mehr auf die Organisationen der Zielstaaten im globalen Süden als Projektträger. Dadurch wurde die Wirkung finanzieller Programme mehr in die

¹ Economic Partnership Agreements

² Afrika-, Karibik-, Pazifikstaaten

³ Westafrikanische Wirtschaftsunion, Zentralafrikanische Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft, Ostafrikanische Gemeinschaft, Südafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft

Zielregion verschoben und die Kooperation zwischen den Projektorganisationen vertieft. Besonders das BMZ erweiterte den entwicklungspolitischen Spielraum in dem es eine Reihe von mehrjährigen und mit finanziellen Mitteln höher ausgestatteten Programmen auflegte, wie z.B. die Sonderinitiativen oder die BMZ-Fazilität für Klimaschutz, Wald und Biodiversitätserhalt. Doch die nachhaltigen Entwicklungseffekte dieser Programme werden durch die Wirkung der EPAs langfristig geschwächt. Beispielsweise unterstützt die MZ-Fazilität für Klimaschutz, Wald und Biodiversitätserhalt ausdrücklich die ländliche Entwicklung. Doch wie können sich z. B. in Ghana rurale Regionen im Agrarbereich entwickeln, wenn sie vor billigeren EU-Produkten auf den lokalen und regionalen Märkten kapitulieren müssen. Wie soll sich eine Obst und Gemüse verarbeitende Kleinindustrie im ländlichen Bereich ansiedeln, wenn die arme und preisorientierte Bevölkerung vor die Wahl gestellt wird billige EU-Säfte oder teurere aus lokaler Produktion zu kaufen? Wie sollen Arbeitskräfte von ruralen von Arbeitslosigkeit ohnehin schon gezeichneten Regionen angezogen werden, wenn Pilotprojekte scheitern? Die Frage inwieweit die EU-Politikfelder inkonsistent sind wird hier besonders deutlich beantwortet.

b) EU-Sicherheitspolitik versus EU-Flüchtlingspolitik

Noch deutlicher wird dies in Kontext der EU Flüchtlings- und Sicherheitspolitik. Unter der deutlichen Zunahme von Menschen, die über das Mittelmeer besonders die italienischen Küsten Europas zu erreichen versuchten, wurde die Aktion Mare Nostrum, als Seenotrettungsprogramm am 18.10. 2013 von der italienischen Regierung ins Leben gerufen. Dadurch gelang es innerhalb eines Jahres ca. 150.000 Menschen das Leben zu retten. Von Beginn an ersuchte Italien, das mit der Situation überfordert war die EU um Unterstützung. Mare Nostrum bestand aus 5 Marineschiffen, Flugzeugen und Helikoptern, sowie Transportschiffen und Personal an Land. Es kostete 108 Millionen Euro für ein Jahr. Dennoch ertranken mehrere tausend Menschen im Mittelmeer. Die EU lehnte kategorisch jede Unterstützung von Mare Nostrum ab, so dass Italien am 31. 10. 2014 die Aktion einstellte. Statt eines Seenotrettungsprogramms legte die EU mit Triton am 01. November 2014 ein Programm zum Schutz der Außengrenzen auf, welches sich auf die 30-Seemeilenzone vor Italiens Küsten beschränkte und somit Menschen außerhalb dieser Zone sich selbst überließ. Es kostete zunächst 33 Millionen Euro, wurde dann jedoch erheblich aufgestockt. Im vergleichbaren Zeitraum konnten nur 13.000 Menschen gerettet werden. Die Frage nach der Anzahl der Nichtgeretteten wurde bisher weder gestellt noch beantwortet. Der kleine Libanon hat 715mal mehr Syrer aufgenommen als die gesamte EU und ist über seine Kapazitäten hinaus beansprucht. Die Oft von der EU kritisierte Türkei hat mit mehr als 2 Millionen Menschen am meisten Menschen weltweit aufgenommen. Es folgen Staaten wie Jordanien, Äthiopien, Kenia, Iran, Pakistan, Tschad und erst nach langer Zeit die EU, mit weniger als 300.000 aufgenommenen Menschen. Besonders die östlichen EU-Staaten, allen voran Polen, Tschechien, Ungarn weigern sich nicht nur die EU-Flüchtlingspolitik umzusetzen und Menschen aufzunehmen, sie starten noch krassere Abschottung und planen den Bau von Grenzzaunanlagen zur Abwehr von Flüchtlingen. Parallel dazu passt auch der zu beobachtende Rechtsruck in vielen EU-Staaten wie u.a. Dänemark, Deutschland, England, Finnland, Frankreich, Italien, Österreich, Ungarn

und somit auch im EU-Parlament, die die Angst vor geflüchteten Menschen schüren und damit Politik machen. Gleichzeitig berichten immer mehr geflüchteter Menschen, wie z.B. Oumar Abdel Madjid⁴ von ihren dramatischen und tragischen Fluchtwegen, die oft in Gefängnissen von Staaten wie Griechenland, Serbien und Ungarn führen. In der Türkei hingegen konnte er etwas Arbeit, einen Unterschlupf finden und Freundschaften mit Türken schließen. Auf dem weiteren Fluchtweg, der ihn bis nach Deutschland führte, wurden Angehörige seiner aus Eritreern, Irakern, Somali und Syrern bestehenden Gruppe im makedonisch-serbischen Grenzgebiet vom Zug überfahren, weil sie völlig entkräftet und orientierungslos im Winter nicht mehr rechtzeitig von den Gleisen kamen. Nun sitzt er, seit 2 Jahren zum Nichtstun verdammt, als Asylbewerber in einem Heim in Brandenburg und muss mit ansehen, wie etliche der Asylbewerber, wegen der Heimbedingungen, der Isolation und der großen Perspektivlosigkeit psychisch erkranken.

Angesichts dieser Entwicklungen und der mit Sicherheit steigenden Zahlen flüchtender Menschen erhöht sich der Druck auf die EU nach kohärenter Politik. Das ethisch-moralische Wertesystem ist das Fundament, auf dem die EU etabliert wurde und dieses droht offensichtlich im Bereich Flüchtlings- und Wirtschaftspolitik tiefe existenzbedrohende Risse zu bekommen. Nun sind Mut, politischer Wille, Debatten in allen politischen und gesellschaftlichen Räumen gefragt, um Wege aus diesem Dilemma zu finden.

In Riace, Kalabrien, Süditalien, demonstriert eine Kleinstadt, wie dies realistisch umgesetzt werden kann. Diese sterbende, von alten Menschen bewohnte Stadt, wurde durch die gezielte Aufnahme von geflüchteten Menschen aus Eritrea, Syrien und dem Irak reanimiert. Die Menschen taten sich zusammen, Kleinkunstgewerbe, Restaurants, Grundschulen und Kitas wurden eröffnet und die alten Menschen wurden wieder gebraucht.

Abdou Rahime Diallo, Sprecher der UAG 9, Promoter für Migration & Entwicklung für Brandenburg beim Verbund Entwicklungspolitischer NRO Brandenburg - VENROB e.V., Vorstandsmitglied von Migration-Entwicklung-Partizipation – MEPa e.V., bundesweites Netzwerk migrantischer Fachleute aus diesen Bereichen, Projektleiter bei The Bridge für EZ-Projekte in seiner Heimat Guinea.. Zusätzlich berät er Ministerien der AKP Staaten (Afrika-Karibik-Pazifik) für Politikstrategieentwicklung im Bereich Migration & Entwicklung und ist interkultureller Moderator.

Kontakt: diallora66@gmail.com

⁴ Anmerkung der Autoren: Der Name wurde zum Schutz der Privatsphäre des Referenten geändert



Redaktion:

BBE Europa-Nachrichten – Newsletter für Engagement und Partizipation in Europa

Bundenetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

+49 (0) 30 6 29 80-11 4

europa-bbe(at)b-b-e.de

www.b-b-e.de